Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1886

17.1.1886 (No. 14)

Visual Library

Karlsruher Zeitung.

Sonntag, 17. Januar.

№ 14. Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf. Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden. Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 18 Pfennige. Briefe und Gelder frei. 1886.

Nicht-Amtlicher Theil.

Karlsruhe, den 16. Januar.

Auf die Absichten des englischen Tory-Ministeriums bezüglich Irlands fallen noch vor der Thronrede bedeutsame Streiflichter. Ein Telegramm der „Kölnischen Ztg." aus London berichtet, daß ein neues Zwangsgesetz für Irland in Vorbereitung sei. Um den Erlaß eines neuen Ausnahmegesetzes scheint es sich jedoch weniger zu handeln, als um die theilweise Reaktivirung des alten, außer Kraft gesetzten Prohibitivgesetzes. Aus London von heute früh wird gemeldet:

Mehrere Morgenblätter berichten, daß das Kabinet beschlossen habe, verschiedene Bestimmungen des aufgehobenen irischen Zwangsgesetzes wieder in Kraft zu setzen, um die vorgekommenen Bergewaltigungen einzelner Einwohner in Irland zu unterdrücken.

Die Nachricht, daß Lord Carnavon, der Vizekönig für Irland, seine Entlassung wegen Differenzen mit den anderen Mitgliedern des Kabinets zu nehmen beabsichtige, wird bestritten. Ein weiteres Telegramm aus London meldet:

Die hiesigen Blätter veröffentlichen heute einen Briefwechsel zwischen Lord Carnavon und Lord Salisbury, aus welchem hervorgeht, daß Carnavon nicht wegen Differenzen zwischen ihm und dem Kabinet über die irische Politik zurücktritt, sondern weil er bereits bei der Uebernahme des Postens als Vizekönig erklärte, daß er denselben nur bis zum Zusammentritt des Parlamentes behalten würde.

Diese Veröffentlichung beweist indessen nichts gegen die Mittheilung, daß Lord Carnavon zurücktritt, weil er seine Ansichten mit denen der anderen Kabinetsmitglieder nicht in Einklang bringen kann; sie beweist nur, daß der Rücktrittsentschluß Carnarvon's schon von einer früheren Zeit her datirt. Die von den besten Absichten getragene Amtsführung Lord Carnavon's ist in der That so wenig im Stande gewesen, eine Besserung der Verhältnisse in Irland herbeizuführen, daß es sich begreifen läßt, wenn der Lord seines Amtes müde wurde, um seine Entlassung bat und wenn Lord Salisbury diesem Entschluß nicht widerstrebte, weil er das Experiment mit der Regierung Irlands durch einen Vizekönig für mißglückt hielt. Es wird denn auch allseitig bestätigt, daß Carnavon keinen Nachfolger finden, sondern die englische Regierung das Amt eines irischen Vizekönigs eingehen lassen wird.

Der Wortlaut der **Begründung zu dem Entwurf eines Gesetzes betreffend das Branntweinmonopol** liegt jetzt vor. Er umfaßt 16 Folioseiten, bietet in den Anlagen eine Uebersicht der in Frankreich, England, Rußland, den Vereinigten Staaten von Nordamerika, Belgien, den Niederlanden und Schweden im Ganzen und auf den Kopf der Bevölkerung kommenden Steuerbeträge aus dem Branntwein und des Branntweinverbrauchs, ferner Uebersichten der Brennereiverhältnisse in den sieben östlichen Provinzen Preußens im Zeitraum von 1845—1884, der deutschen Branntweinbrennerei im Jahre 1883/84, der inländischen Spirituspreise in den letzten zehn Jahren, der Aus- und Einfuhr von Branntwein aller Art aus und nach dem deutschen Zollgebiet sowie aus und nach dem Gebiet der Branntweinsteuergemeinschaft in den letzten zehn Jahren und endlich eine Uebersicht der Kleinpreise des Trinkbranntweins in Preußen.

Die allgemeine Begründung lautet, der „Köln. Ztg." zufolge, wie folgt:

Mit dem von Anfang an erklärten und festgehaltenen Ziel, aus den der Gesetzgebung des Reichs vorbehaltenen, ohne jeden Zweifel noch weit größerer Leistungen fähigen und in den andern Kulturstaaten auch weit ergiebiger gestalteten Einnahmequellen die ausreichenden Mittel zu gewinnen, um die eigenen finanziellen Bedürfnisse des Reichs zu befriedigen und darüber hinaus den Einzelstaaten diejenigen Einnahmen zu überweisen, die sie zur Erhaltung ihrer Selbständigkeit und zur Erfüllung der ihnen verbliebenen Aufgaben bedürfen, aber aus den ihnen verbliebenen Einnahmequellen nicht mehr zu gewinnen vermögen, haben die verbündeten Regierungen vor acht Jahren die Reichssteuerreform unternommen und, ungeachtet aller Schwierigkeiten und Hemmnisse, die Mißverständniß hier und Feindschaft dort zu bereiten oder zu vermehren unablässig bemüht gewesen sind, seitdem auch schon zu einem guten Theil zur Ausführung gebracht. Die unser Zollwesen, die Tabaksteuer, die Stempelsteuer betreffenden Gesetze und deren Erfolge in den Haushaltsetats sowohl des Reichs als auch der Einzelstaaten geben hiervon Zeugniß. Mancher andere Schritt auf demselben Wege aber ist bisher vergeblich gethan worden, das große und weit gesteckte Ziel also auch um so weniger schon zu erreichen gewesen. Dies darf bei der Natur der Sache und den obwaltenden politischen Parteiverhältnissen im Reich nicht wundernehmen, geschweige entmuthigen und zu zeitweiligem oder dauerndem Verlassen des begonnenen Unternehmens führen. Das bezeichnete Ziel ist ein durch die Existenz des Reichs selbst dergestalt unmittelbar gegebenes, nothwendiges, seine Erreichung ein so eminentes und unersetzliches Mittel zur Festigung des Reichs gegen alle Gefahren und zur dauernden Zusammenhaltung aller seiner Glieder, daß die verbündeten Regierungen von demselben nicht ablassen können und dürfen, daß sie vielmehr, bis es endlich voll und ganz erreicht sein wird, immer erneute Bemühungen, es zu erreichen, werden machen müssen.

In dieser Ueberzeugung und im Hinblick auf die theils schon anerkannten, theils nicht länger zurückzudrängenden Mehrbedürfnisse des Reichs selbst sowie auf den Fehlbetrag im eigenen Staatshaushaltsetat und die notorischen, weit größeren Bedürfnisse im eigenen Lande, unter denen die umfassende und nachhaltige Erleichterung des Drucks der Kommunal- und Schullasten obenansteht, hat die preußische Regierung sich angelegen sein lassen, die Weiterführung der Reichssteuerreform jetzt auf einem Gebiete vorzubereiten, auf dem es wohl möglich und unbedenklich erscheint, einen großen Schritt zu dem gesteckten Ziel hin zu machen, auf dem Gebiet der Branntweinbesteuerung.

Daß der Branntwein ein vorzügliches Objekt der Besteuerung bildet und wirklich hohe, dem Maße der zu befriedigenden dringenden Bedürfnisse des Reichs und der Einzelstaaten annähernd entsprechende Erträge zu liefern vermag, wird fast allseitig anerkannt und ist auch angesichts des thatsächlichen Ergebnisses seiner Besteuerung in anderen Ländern nicht wohl zu bestreiten. Weitgehende Meinungsverschiedenheiten bestehen freilich über die Mittel und Wege, durch welche bei uns solche oder überhaupt nur höhere Steuereinnahmen vom Branntwein zu gewinnen seien, und den einander gegenseitig verwerfenden Urtheilen wird man dahin zustimmen müssen, daß in keinem der dieserhalb bisher gemachten Vorschläge eine annehmbare Lösung der Aufgabe zu finden ist, weil sie sämmtlich zu einer der Steuerfähigkeit des Gegenstandes entsprechenden hohen Einnahme unter den bei uns obwaltenden Verhältnissen entweder überhaupt nicht oder nur mit offenbar überwiegenden Nachtheilen und Gefahren führen würden. Dagegen hat sich bei sorgfältiger Erwägung aller in Betracht kommenden Verhältnisse die Form des Monopols als wohlgeeignet herausgestellt, um die bei einer Reform unserer Branntweinsteuer jetzt in's Auge zu fassenden Zwecke zu erreichen. Im Wege des Monopols und nur im Wege des Monopols ist es möglich, wenn auch nicht ohne alle, so doch zweifellos ohne überwiegende Härten und Nachtheile dem Reich die erforderlichen sehr beträchtlichen Mehreinnahmen von Branntwein zuzuführen und zugleich im Interesse der Moralität und der Gesundheit des Volkes auf eine Einschränkung des übermäßigen Branntweingenusses sowie auf Fernhaltung aller an sich schädlichen Branntweinsorten mit Erfolg hinzuwirken.

Von diesen Gesichtspunkten aus ist der Entwurf eines Gesetzes betreffend das Branntweinmonopol aufgestellt, und zwar für den Umfang des ganzen Reichs, indem der Voraussetzung gefolgt ist, daß die süddeutschen Staaten mit einer auf den Branntwein beschränkt bleibenden Aufgabe des entgegenstehenden Sonderrechts aus Art. 35 der Verfassung sich einverstanden erklären werden.

Die Herstellung rohen Branntweins bleibt der privaten Gewerbsthätigkeit überlassen. Eine Einwirkung der Monopolverwaltung auf die Produktion findet nur insoweit statt, als unbedingt nothwendig erscheint, um einer übermäßigen Produktion entgegenzuwirken.

Dagegen steht der Bezug sämmtlichen inländischen rohen Branntweins von den Herstellern, der Bezug von Branntweinen aller Art aus dem Auslande, die Reinigung des Branntweins und dessen weitere Verarbeitung zu alkoholischen Getränken sowie der weitere Verkauf von Branntweinen aller Art, soweit das Gesetz nicht Ausnahmen macht, ausschließlich dem Reich zu und werden für Rechnung desselben betrieben. Der Absatz im großen erfolgt durch Agenten, der Absatz im kleinen durch Verschleißer.

Dem zufolge hat der Brennereibesitzer den gesammten gewonnenen Branntwein an die Monopolverwaltung abzuliefern. Eigenthum und Gefahr gehen mit der Abnahme in der Brennerei auf die Monopolverwaltung über.

Um die Monopolverwaltung zu sichern, daß in der That der gesammte, im Inlande produzirte Branntwein in ihre Hände gelangt, haben gewisse Betriebseinrichtungen und Kontrolen vorgeschrieben werden müssen. Für die kleinen Brennereien sind indessen sehr wesentliche Erleichterungen zugestanden.

Die Ankaufspreise des Branntweins werden innerhalb gesetzlich bemessener Grenzen jeweilig vom Bundesrath bestimmt. Gesundheitsschädlicher Branntwein ist zu vernichten. Ebenso wird von dem Bundesrath innerhalb gesetzlich bemessener Grenzen jeweilig der Tarif festgesetzt, nach welchem der Preis beim Verkauf alkoholischer Getränke im Inlande von der Monopolverwaltung zu erheben ist. Zu gewerblichen, Heizungs- und Beleuchtungszwecken wird der Branntwein zu Selbstkostenpreisen abgegeben.

Zum Schutz gegen die Gefahr von Defrauden dienen amtliche Revisionen, ferner eine Geräthe- und Transportkontrole. Privatpersonen, welche nicht als Agenten oder Verschleißer der Monopolverwaltung angestellt sind, dürfen nur eine bestimmte Menge von Branntwein in ihrem Besitz haben. Fremde Ansprüche auf den für die Monopolverwaltung bereiteten Branntwein sind ausgeschlossen.

Die Hauptbestimmungen des Gesetzes sollen mit dem 1. August 1888 in Kraft treten.

In den Uebergangsbestimmungen sind wesentlich Vorschriften über die Behandlung des am 1. August 1888 im Inlande lagernden Branntweins, ferner über die zu zahlenden Entschädigungen getroffen.

Die Schlußbestimmungen beziehen sich auf den Ausschluß einzelner Theile des Reichsgebietes von den Bestimmungen des Gesetzes, auf den Maßstab zur Vertheilung der Einnahmen unter die Bundesstaaten, endlich auf das Verhältniß zu den Gemeinden.

Deutscher Reichstag.

In Ergänzung des Telegramms über die gestrige Reichstagssitzung ist zu bemerken, daß nach Herrn Abg. Windthorst der Abg. **Liebknecht** das Wort ergriff. Liebknecht behauptete, die Ausweisungen entsprächen nicht dem Gedanken der Rechtsfreiheit und seien eine verabredete Sache zwischen Deutschland, Oesterreich und Rußland. **Ausfeld** betont, die Ausweisungen schädigten den Schutz der nationalen Arbeit und könnten zu Repressalien Rußlands und Oesterreichs führen. **Helldorf** bemerkt, die Ausweisungsfrage gehöre ins Abgeordnetenhaus. Härten bei den Ausweisungen seien unvermeidlich. Dr. **Windthorst** bestritt die Inkompetenz des Reichstags für die Ausweisungsfrage, da es sich um die ernstesten Beziehungen internationaler Art handle. Hierauf wurde die Debatte auf morgen 11 Uhr vertagt.

Aus den **Kommissionen** ist folgendes zu erwähnen:

Die Kommission für den **Nord-Ostsee-Kanal** trat gestern Abend zu ihrer ersten Sitzung zusammen. Von einer Generaldiskussion wurde auf Antrag des Abg. Brömel Abstand genommen und zunächst die maritim-militärische Seite des Gesetzentwurfs erörtert. Von Seiten des Staatssekretärs v. Bötticher, wie auch von dem Major im Generalstabe Döring und dem Chef des Stabes der Marine, Kapitän z. S. Köster, wurden auf die Anfragen des Abg. Brömel eingehende Erklärungen abgegeben.

Die VIII. Kommission trat gestern in die Generaldiskussion über die **Entschädigung unschuldig Verurtheilter** ein und über die drei Gesetzentwürfe, welche von den Abgg. Lenzmann, Dr. Hartmann und Rintelen eingereicht sind. Man beschloß, den Gesetzentwurf des Abg. Dr. Hartmann der Spezialdiskussion zum Grunde zu legen. Dies war insbesondere von dem Abg. Lenzmann, welcher als Antragsteller gegenwärtig war, aus praktischen Gründen empfohlen worden. Der Gesetzentwurf des Abg. Hartmann will, wie von diesem zur Richtigstellung laut gewordener Mißverständnisse ausgeführt wurde, nur diejenigen nachträglich Freigesprochenen aus öffentlichen Mitteln entschädigt wissen, deren Unschuld zu Tage getreten ist, und befaßt sich nicht mit den Fällen eines non liquet. — Die nächste Sitzung ist auf Samstag anberaumt.

Die **Budgetkommission** genehmigte heute die Budgetforderungen des **Auswärtigen Amts**, einschließlich einer Mehrforderung im Betrage von 52,000 Mark für die **westafrikanischen Kolonien**.

Deutschland.

* **Berlin**, 15. Jan. Seine Majestät der **Kaiser** hörte im Laufe des heutigen Vormittags den Vortrag des Oberhof- und Hausmarschalls Grafen Perponcher und empfing Mittags den Militärbevollmächtigten bei der deutschen Gesandtschaft in Madrid, Major v. Deines. Später arbeitete der Kaiser mit dem Chef des Civilkabinets, Geheimen Rath v. Wilmowski, und unternahm vor dem Diner, zu welchem Einladungen nicht ergangen waren, in Begleitung des Generaladjutanten Generallieutenants Fürsten Anton von Radziwill eine Spazierfahrt. — Gestern Nachmittag hatte der Kaiser den Präsidenten des Herrenhauses, den Herzog von Ratibor, empfangen. Den gestrigen Abend über verblieb der Monarch im Arbeitszimmer und um 9 Uhr waren die Kaiserlichen Majestäten mit dem Kronprinzen und den Großherzoglich Badischen Herrschaften zum Thee und Souper im Königlichen Palais vereint. — Ihre Königlichen Hoheiten der **Großherzog** und die **Großherzogin** von Baden haben sich im Laufe des gestrigen Nachmittags am hiesigen Hofe wieder verabschiedet und Abends neun Uhr zweiundvierzig Minuten, nachdem Höchstdieselben zuvor noch mit den Kaiserlichen Majestäten im Königlichen Palais soupirt hatten, Berlin verlassen, um nach Karlsruhe zurückzukehren. Bei der Abreise gab der Kronprinz den Großherzoglichen Herrschaften vom Palais aus zum Centralbahnhofe das Geleit, wo auch der badische Gesandte, der Kommandant und der Polizeipräsident zur Verabschiedung anwesend waren.

Im **preußischen Herrenhaus** machte heute der Präsident zunächst geschäftliche Mittheilungen. Das Andenken der verstorbenen Mitglieder wurde in üblicher Weise geehrt. Seitens des Reichskanzlers war ein Schreiben eingegangen, worin Fürst Bismarck die Annahme des vom Herrenhause anläßlich seines 70. Geburtstages ihm zur Verfügung gestellten Kapitals, sowie dessen Verwendung als „Schönhausener Stiftung" zur Unterstützung von Beflissenen vom Lehrfach anzeigt, das Statut der Stiftung überreicht und zugleich mittheilt, daß er (der Kanzler) die Aufsicht über diese Stiftung mit allerhöchster Genehmigung dem jeweiligen Präsidenten des Herrenhauses übertragen habe, um zu verhüten, daß eine dem Wechsel der Meinungen oder der politischen Anschauungen zugängliche Behörde die Leitung der Stiftung führe. In dem Schreiben heißt es: „Maßgebend für diese Bestimmung (die Unterstützung für Beflissene des höheren Lehrfaches betr.) war für mich der Gedanke, daß die Stiftung, deren Mittel im ganzen Reiche aufgebracht wurden, auch in ihrer Wirkung im gleichen Umfange sichtbar gemacht werden müßte. Aus dieser Erwägung verbot sich eine Zuwendung zu Gunsten der Arbeiter, weil solche nur den einzelnen Landestheilen hätte zu gute kommen können. Eine Verwendung zu Gunsten der Theologen fand in der Verschiedenheit der Konfessionen ein Hinderniß; dagegen bedarf das höhere Lehrfach auch noch deshalb einer besonderen Unterstützung, weil es die Pflegstätte des nationalen Gedankens bildet und in seiner idealen Gesinnung, ohne welche der Lehrerstand seinem mühevollen, selten einträglichen Berufe nicht würde treu bleiben können, ein sittliches Gegengewicht zu dem Materialismus unserer Zeit darstellt. Die Erhaltung und Pflege dieser Gesinnung bei der Jugend liegt in den Händen der Lehrer; sie ist für unsere nationale Entwickelung von hoher Bedeutung." Das Haus erklärte seine Zustimmung zur Annahme der Aufsicht über die Stiftung durch den jeweiligen ersten Präsidenten und vertagte sich hierauf auf unbestimmte Zeit.

⊿ **Stuttgart**, 16. Jan. Prinz **Wilhelm** ist von seiner Brautreise nach Nachod gestern wieder in Ludwigsburg

angelangt. Aus dem ganzen Lande treffen Glückwunschadressen in großer Anzahl ein. Prinz Wilhelm führt bekanntlich im Vollmachtsnamen des Königs die Regierungsgeschäfte und hat deshalb seine Reise auf die kürzeste Dauer beschränkt.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 15. Jan. Sämmtliche hiesige Blätter besprechen die preußische Thronrede in der anerkennendsten Weise, namentlich den auf die auswärtigen Beziehungen bezüglichen Passus. Das „Fremdenblatt" betont: Wenn der Herrscher dieses großen Reiches in ernster und feierlicher Stunde dem vollen Vertrauen auf die gesicherte Fortdauer des Friedens Ausdruck gibt, so werden diese Worte nicht verfehlen, eine mächtige Wirkung auszuüben; sie bezeugen, daß die lokalen Störungen auf der Balkan-Halbinsel auf den Frieden des Welttheiles ohne Einfluß sind, daß die Grundlage des europäischen Friedens, die Einigkeit der Mächte, fortbesteht und daß der Deutsche Kaiser der mächtige Schirmer des Friedens ist. — Die „Presse" findet, durch das Hinweggehen über den serbisch-bulgarischen Zwischenfall manifestire die Thronrede, daß für die gegenwärtige Politik der Großmächte und für den europäischen Frieden die Rivalität der kleinen Balkan-Staaten irrelevant sei. Das Blatt sagt ferner: die angekündigten wirthschaftlichen Vorlagen eröffnen eine neue Campagne zur wirthschaftlichen Einigung Deutschlands. Die „Wiener Allgemeine Zeitung" weist auf die zahlreichen ökonomischen Vorlagen hin und sagt: Die Thronrede sei eine der bedeutendsten, mit welcher je ein preußischer Landtag eröffnet worden.

Frankreich.

Paris, 15. Jan. Die Mehrzahl der republikanischen Blätter lobt die Botschaft, die monarchistischen bezeichnen sie als nichtssagend.

Italien.

Rom, 16. Jan. (Tel.) Der Papst hielt am gestrigen Freitag das angekündigte geheime Konsistorium ab.

Spanien.

Madrid, 15. Jan. Die Königin-Regentin unterzeichnete die Dekrete betreffend die Personalveränderungen im diplomatischen Corps. Valera wurde zum Gesandten in Berlin und Ruquelme zum Gesandten in Petersburg ernannt. — Nachrichten aus Saragossa zufolge wurden heute dort abermals 10 Anhänger Zorilla's verhaftet. Die acht gestern in Saragossa Verhafteten wurden wieder freigelassen.

Serbien.

Belgrad, 15. Jan. Die Stimmung ist eine ruhigere geworden. Der „Neuen Freien Presse" wird von hier berichtet, daß im ganzen Lande die Friedensstimmung jetzt überwiege. Auch Mijatovic, der serbische Friedensunterhändler, sei für den Frieden, und es gelte in wohlinformirten Kreisen als nicht schwer, den Frieden mit Bulgarien wiederherzustellen. — Die Nachricht eines Pester Blattes über angebliche anti-dynastische Pläne bei Ristic, Pirotschanac und Genossen werden von autorisirter Seite als tendenziöse Erfindung bezeichnet.

Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, den 16. Januar.

Heute früh gegen 2 Uhr ist Ihre Großherzogliche Hoheit die Herzogin von Sachsen-Koburg-Gotha aus Koburg hier eingetroffen und im Großherzoglichen Schlosse abgestiegen.

Vormittags nahm Seine Königliche Hoheit der Großherzog verschiedene Vorträge sowie die Meldung des Premier-Lieutenant Arent à la suite des 3. Pommer'schen Infanterie-Regiments Nr. 14 entgegen.

Nachmittags empfing Seine Königliche Hoheit den Staatsrath Nokk zur Vortragserstattung und arbeitete dann mit dem Präsidenten von Regenauer.

Abends nach 8 Uhr trifft Seine Hoheit der Herzog von Sachsen-Koburg-Gotha zum Besuch der Großherzoglichen Herrschaften aus Gotha hier ein und wird von Seiner Königlichen Hoheit dem Großherzog am Bahnhof empfangen werden.

---

* (Das „Gesetzes- und Verordnungsblatt für die vereinigte evangelisch-protestantische Kirche des Großherzogthums Baden" Nr. 1 enthält: eine Dienstnachricht; Bekanntmachung bezüglich der Abhaltung der Pfarrsynoden, der Einführung des Choralbuchs, der Vertheilung der Reformationsfestkollekte; eine Erinnerung, die Aufstellung der Voranschläge für die ev.-kirchl. Ortsfonds betr.; die Mittheilung einer Diensterledigung und eines Todesfalles.

Ernannt wurde Pfarrer Georg Friedr. Emil Schweickhardt in Wiesleth zum Pfarrer in Allmannsweier.

e. (Gewerbeverein Karlsruhe, außerordentliche Generalversammlung, zugleich Monatsversammlung). Dieselbe fand Mittwoch den 13. ds. Mts., Abends 8½ Uhr, unter Vorsitz des Herrn Fabrikanten Schwindt in dem oberen Saale der „Vier Jahreszeiten" statt. Zuerst hielt Herr Prof. Henneberg einen Vortrag über die Kraft- und Arbeitsmaschinen des Kleingewerbes, in welchem er die allmählige Entwicklung derselben einer eingehenden Besprechung unterzog, deren gegenwärtige Verbreitung an der Hand statistischer Zahlen erläuterte und hervorhob, von welch' ungeheurer Bedeutung dieselben für den Gewerbetreibenden seien, wenn derselbe von der Großindustrie nicht erdrückt werden wolle. — Hierauf ergriff der Vorsitzende das Wort zur Einleitung des Hauptpunktes der Tagesordnung, welcher „die Veranstaltung einer Ausstellung für Handwerkstechnik, Klein-Motoren und Haushaltungsmaschinen im Jahre 1886" durch den Verein betraf. Redner führte aus, wie der Ausschuß des Vereins auf Anregung des Karlsruher Stadtraths den Plan zur Veranstaltung der Ausstellung gefaßt, die er für zeitgemäß halte und von der er sich eine wesentliche Förderung des Kleingewerbes nicht nur Karlsruhes, sondern ganz Badens verspräche. Der Stadtrath habe sich sehr entgegenkommend gezeigt und sich bereit erklärt, die Ausstellungshalle mit den dazu gehörigen Gartenanlagen, sowie freie Benützung von Gas, Wasser und Koks zu gewähren. Es seien hierauf Erhebungen bei verschiedenen Städten, welche ähnliche Ausstellungen bereits veranstaltet hätten (Mühlhausen i./Thür., Wien, Dresden und Nürnberg), vorgenommen worden und besitze man in den eingegangenen Antworten ein werthvolles Material, dessen man sich bei den Vorarbeiten für die Ausstellung mit Nutzen bedienen könne. Die Zeitdauer der Ausstellung werde eine verhältnißmäßig kurze sein (15. Aug. bis 15. Sept.), wie es dies die Natur derselben und die bei ähnlichen Ausstellungen gemachten Erfahrungen bedingten. Wenn der Gewerbeverein sich auch mehr durch seine in den Statuten vorgeschriebene Pflicht, Ausstellungen zu veranstalten veranlaßt sehe, das Unternehmen in die Hand zu nehmen, als daß er ein Geschäft mit ihr machen wolle, so hoffe er doch, daß der finanzielle Erfolg ein befriedigender und dem verursachten Arbeitsaufwand entsprechender sein werde. Bei der hierauf sich entspinnenden Diskussion ergriff zuerst Herr Geh. Ref. v. Stösser das Wort. Indem derselbe einleitend betonte, daß die Absicht des Gewerbevereins gewiß allseitig mit Freude und Dank begrüßt werden müsse, glaubte er auf einen Mißstand hinweisen zu sollen, der sich auf den Ausstellungen für Handwerkstechnik besonders, aber auch auf andern dieses Gebiet berücksichtigenden Ausstellungen gezeigt habe. Meist hätten die Ausstellungen wohl eine Fülle des Interessanten gebracht, indessen sei auch kein einziges Gewerbe vollständig mit seinen Maschinen und Werkzeugen vertreten gewesen. Eine solche Lückenhaftigkeit liege am Ende bei einer allgemeinen Ausstellung für Handwerkstechnik in der Natur der Sache und könne wohl allein durch die Veranstaltung von speziellen Fach-Ausstellungen vermieden werden. Nachahmungswerth vorangegangen seien in dieser Hinsicht die Bäckerverbände; auch die Transmissions-Ausstellung in der Großh. Landesgewerbehalle habe Vollständiges geboten. Es sei daher wohl in Betracht zu ziehen, ob es nicht vielleicht angemessen erscheine, im Laufe der nächsten Jahre eine Reihe solcher Fach-Ausstellungen in Karlsruhe zu veranstalten. Sicherlich möge man versuchen, die Fehler früherer Ausstellungen zu umgehen, und sich bemühen, ein möglichst vollständiges Bild der einzelnen Gewerbe zu bieten. Herr Prof. Dr. Meidinger erkennt die Wahrnehmung des Vorredners als richtig an, glaubt aber durch ein sorgfältigeres Ausstellungsprogramm, durch Berathung mit Gewerbtreibenden und geeignete Animirung der Fabrikanten auch bei einer allgemeinen Ausstellung für Handwerkstechnik ꝛc. Lücken möglichst vermeiden zu können. — Bei der schließlich folgenden Abstimmung wird die Abhaltung der Ausstellung einstimmig beschlossen und der Ausschuß des Gewerbevereins zur Veranlassung der weiteren Schritte ermächtigt.

♂ **Bruchsal**, 16. Jan. (Postgebäude.) Eine hiesige Zeitung enthält die Mittheilung, daß die Budgetkommission des Reichstags bei Berathung des Postverwaltungsetats von den 13 Postgebäuden, welche in verschiedenen Städten des Reichs von Privatunternehmern auf Anregung der Oberpostbehörde gebaut und einstweilen in Pacht genommen wurden, 7 käuflich zu erwerben beschlossen habe, unter welchen sich auch das Bruchsaler Posthaus befinde. Nur der letztere Punkt ist, wie schon in diesem Blatte berichtet wurde, richtig, der übrige Inhalt der obigen Mittheilung aber unzutreffend und geeignet, Irrthum zu erregen. Denn im Postetat ist der Ankauf von nur 6 namentlich aufgeführten Postmiethhäusern beantragt und auch von der Budgetkommission genehmigt. Solcher Postmiethhäuser giebt es aber im Reichspostgebiete nicht blos 13, sondern nur allein im Titel 56 des Postetats sind deren 195 aufgezählt.

⊙ **Offenburg**, 15. Jan. (Vortrag. — Konzert.) Die Reihe der Wintervorträge im Gewerbeverein wurde gestern Abend vor einer zahlreichen Zuhörerschaft mit einem solchen des Herrn Professor Dr. Dosch eröffnet. Redner verbreitete sich in höchst ansprechender Weise über das zeitgemäße Thema: „Arbeitsvorräthe in der Natur und deren Benützung" und erwarb sich damit Anerkennung und verdienten Beifall. — Dem ausgegebenen Vorberichte zufolge verspricht das auf heute Abend anberaumte, von Fräulein Margarethe Sander aus Freiburg (Sopran), Herrn Konzertmeister Goldmann-Arányi aus Budapest (Violine) und Herrn Heinrich Horstmann aus Freiburg (Clarinette) unter gefälliger Mitwirkung des Herrn Musikdirektor A. Pfeiffer von hier veranstaltete Konzert im Dreikönigssaale einen großen Kunstgenuß.

Badischer Landtag.

⁂ **Karlsruhe**, 16. Jan. 13. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer, unter dem Vorsitze des Präsidenten Lamey.

Am Regierungstisch: Staatsminister Turban, Geh. Rath A. Eisenlohr, Ministerialrath Seubert, später Geh. Rath Ellstätter, die Geh. Referendäre Frey und v. Stösser, sowie Ministerialrath Buchenberger.

Bei Beginn der Sitzung erklärt Präsident Lamey, es sei in der letzten Sitzung durch ein leicht erklärbares Versehen des Sekretariats die unmittelbar zuvor bei dem Bureau eingegangene, von dem altkatholischen Bischof Reinkens unterzeichnete Petition so angezeigt worden, als ob der genannte Bischof eine Erhöhung seiner persönlichen Dotation anstrebe. Redner selbst habe damals diesen Irrthum sofort dahin berichtigt, daß lediglich eine Erhöhung des im Kultusbudget vorgesehenen, zur Deckung des Aufwandes für die kirchlichen Bedürfnisse der Altkatholiken bestimmten Staatsbeitrags von 18,000 M. auf 24,000 M. gewünscht werde, von einer Erhöhung des persönlichen Einkommens des Petenten aber in dem Schriftstück nirgendwo die Rede sei; nichtsdestoweniger habe ein großer Theil der Presse in den Berichten über die letzte Sitzung den Inhalt der Petition in jenem irrthümlichen Sinne referirt, ohne von des Redners Berichtigung irgend welche Notiz zu nehmen; er sehe sich deßhalb unter Konstatirung dieser Thatsachen veranlaßt, hier die Erwartung auszusprechen, daß die Presse Veranlassung nehmen werde, jenes Mißverständniß wahrheitsgemäß aufzuklären.

Sodann gibt der Präsident Kenntniß von einem Schreiben des Abg. v. Buol, worin derselbe wegen Theilnahme an den Sitzungen des Reichstages um Urlaub für vier Wochen bittet; dem Gesuche wird entsprochen. Abg. Kiefer zeigt an, daß er wegen Unwohlseins verhindert sei, der heutigen Sitzung beizuwohnen.

Von Seiten des Statistischen Bureaus des Königl. sächsischen Ministeriums des Innern wurde ein Exemplar von dessen Zeitschrift Jahrgang XXXI — 1885 Heft 1 u. 2 — übersendet, welches u. a. eine Uebersicht der Resultate der sächsischen Einkommensteuer in der Zeit von 1875—1884 enthält.

Das Sekretariat gibt hierauf Kenntniß von dem Einlaufe nachstehender Petitionen:

1) Beschwerde der Handelskammer Heidelberg über die Art der Zustellung der Erwerbsteuer-Zettel (soll wahrscheinlich heißen Einkommensteuer- bezw. Gewerbsteuerzettel) an die Steuerpflichtigen.

2) Bitte der Gemeinden Ubstadt, Weiher, Unteröwisheim, Oberöwisheim, Neuenburg und Münzesheim, die Errichtung einer Güterbeförderungs-Stelle an der Haltestation Ubstadt betr., übergeben von dem Abg. Nopp.

3) Bitte sämmtlicher Gemeinden des Amtsgerichts-Bezirks Radolfzell (mit Ausnahme der Gemeinde Singen), die Wiederherstellung des Bezirksamts Radolfzell betr., übergeben durch den Abg. Müller von Radolfzell.

Staatsminister Turban übergibt nunmehr dem Hohen Hause die schon in der Thronrede angekündigten, die theilweise Umgestaltung der Gemeindebesteuerung bezweckenden und durch die Einführung einer allgemeinen staatlichen Einkommensteuer bedingten beiden Gesetzentwürfe, betreffend die Abänderung der Gemeindeordnung bezüglich der Aufbringung des Gemeindeaufwandes und die Abänderung der Städteordnung bezüglich der Aufbringung des Gemeindeaufwandes, indem er die betreffenden Allerhöchsten Kommissorien verliest.

Weiter übergibt der Staatsminister den Entwurf eines Gesetzes, die Kreisumlagen für das Jahr 1886 betr., mit dem Bemerken, derselbe sehe als Nothgesetz für das laufende Jahr die Benützung der vorjährigen Gemeindesteuerkataster behufs Festsetzung der Kreisumlagen vor, da, wenn auch die baldige Erledigung der auf die Gemeindebesteuerung Bezug habenden Vorlagen zu hoffen stehe, es doch nicht möglich sein werde, die Gemeindesteuerkataster so zeitig fertig zu stellen, daß dieselben von den in nächster Zeit zusammentretenden Kreisversammlungen den Kreisumlagen für 1886 zu Grunde gelegt werden könnten.

Der Abg. Frank zeigt die Fertigstellung des Berichts der Budgetkommission über das Budget des Großh. Ministeriums des Innern, Ausgaben, Titel XV—XVII, und Einnahmen, Titel VI—VIII, an; desgleichen der Abg. Winterer die Fertigstellung des Berichts über den Gesetzentwurf, die Bestellung von Vergleichsbehörden in streitigen Rechtsangelegenheiten betreffend.

Der Präsident schlägt unter allseitiger Zustimmung vor, den Gesetzentwurf, die Aufbesserung gering besoldeter Kirchendiener aus Staatsmitteln betr., einer besonderen Kommission zu überweisen, und ersucht die Abtheilungen, dazu je ein Mitglied zu designiren.

Beim Uebergang zur eigentlichen Tagesordnung erstattet zunächst der Abg. Krausmann namens der Budgetkommission Bericht über die Rechnungsnachweisungen des Großh. Staatsministeriums für 1882/83; derselbe verbreitet sich namentlich über die Verwendung des Betrags von 28,007 M., welcher im Jahre 1880 Baden außer seinem Antheil an Zöllen und Reichssteuern gemäß Beschlusses des Bundesraths des Deutschen Reiches vom 3. Juni 1880 als Quote in Höhe von 40 Prozent der in Baden erhobenen Nachsteuer für Spielkarten mit der Bestimmung ausgefolgt wurde, den Regierungen damit die Mittel zu gewähren, den durch Einführung eines Spielkartenstempels benachtheiligten Gewerbtreibenden eine Entschädigung gewähren zu können, und von welchem Betrage mit Allerhöchster Ermächtigung aus Großh. Staatsministerium geeignete Theilbeträge an die durch Einführung des Spielkartenstempels in ihrem Fortbestehen schwer gefährdete Spielkartenfabrik Gund u. Jakob in Mannheim theils durch Anschaffung der zur Herstellung der nunmehr allein absetzbaren besseren Kartensorten nöthig gewordenen neuen Maschinen (11,826 M.), theils durch einen unverzinslichen Vorschuß zur Berichtigung kreditirter Kartenstempelsteuer (12,000 M.) angewiesen wurden.

Dieser Nachsteuerempfang und dessen theilweise Verwendung wurde nicht völlig korrekt nach den Bestimmungen des Etatsgesetzes gebucht und verrechnet, jedoch beantragte die Kommission, nachdem seitens der Großh. Regierung dieser formelle Mangel zugegeben und nachträgliche Remedur in Aussicht gestellt war, unter ausführlichster Darlegung des Sachverhalts auch diesen Titel wie alle übrigen Ausgabe- und Einnahmetitel der Rechnungsnachweisungen des Staatsministeriums für unbeanstandet zu erklären.

Auf die Frage des Abg. Fieser, ob der auf 1. d. M. zur Rückzahlung fällige Betrag des staatlichen Vorschusses zur Berichtigung der kreditirten Kartenstempelsteuer seitens der Firma Gund und Jakob in Mannheim richtig heimbezahlt worden sei, antwortet Ministerialrath Seubert namens der Großh. Regierung, daß das Großh. Hauptzollamt Mannheim mit dem Einzug dieses Betrages beauftragt worden und daß eine Anzeige über den nicht ordnungsgemäßen Eingang dieser Gelder bisher dem Großh. Finanzministerium nicht zugekommen sei, woraus geschlossen werden könne, daß die Zahlung stattgefunden habe.

Abg. Junghanns hält die Handlungsweise der Großh. Regierung in der in Frage stehenden Angelegenheit nicht für angemessen, und zwar nicht allein in formeller, sondern auch in materieller Beziehung, da ein Etablissement, was nicht im Stande sei, seine Steuerschuld zu bezahlen und die zum Geschäftsbetrieb erforderlichen Maschinen anzuschaffen, unzweifelhaft ein Unternehmen untergeordneter Bedeutung sei und als solches deßhalb staatliche Unterstützung im Hinblick auf das öffentliche Interesse am Weiterbestehen der betreffenden Fabrik nicht verdiene.

Regierungskommissär Ministerialrath Seubert tritt dieser Auffassung, was die materielle Seite der Angelegenheit betrifft, auf's entschiedenste entgegen, indem er unter Bezug auf den Vortrag des Berichterstatters ausführt, daß bei der Spielkartenfabrik Gund und Jakob keineswegs ein geringer Geschäftsbetrieb vorliege; habe doch der reichsgesetzmäßig in Höhe von 5 Proz. des Er-

trägnisses des Spielkartenstempels an die Großh. Staatskasse für die Verwaltung dieser Steuer zu bezahlende Betrag in der Zeit von 1879—1885 die Summe von über 16,000 M. erreicht, so daß also die Fabrik, da sie die einzige ihrer Art im Großherzogthum sei, in dem gleichen Zeitraum über 320,000 M. an Spielkartenstempel, somit pro Jahr etwa 60,000 M. entrichtet habe. Ein solches Etablissement könne man doch gewiß nicht als ein geringfügiges bezeichnen. Aber neben dem allgemeinen öffentlichen Interesse an der Erhaltung einer solchen Anstalt im Lande habe die Staatskasse von ihrem Bestehen einen dauernden direkten Vortheil und von der gewährten Unterstützung jedenfalls keinen Nachtheil, da auch im ungünstigsten Fall die Bilanz der Zahlungen und Einnahmen aus diesem Anlaß mit einem reinen Ueberschuß von 8- bis 10,000 M. abschließe. Deßhalb sei es durchaus unzutreffend, wenn der Herr Vorredner annehme, daß die Handlungsweise der Großh. Regierung in materieller Beziehung irgendwie beanstandet werden könne. Hinsichtlich der Verrechnungsweise werde dem Wunsch der Budgetkommission entsprochen werden.

Abg. von Feder bemerkt, daß Stundungen in Zollangelegenheiten im Geschäftsleben häufig vorkommen und daß somit aus deren Inanspruchnahme auf die Bedeutung einer Firma nicht geschlossen werden könne; Redner verwahrt sich gegen den vom Abg. Junghanns aufgestellten Grundsatz, daß kleine Geschäfte der staatlichen Unterstützung und Förderung weniger würdig seien, und weist auf den darin liegenden Widerspruch mit dem sonst allgemein geäußerten Wunsche hin, daß in erster Reihe das kleine Unternehmen im Kampfe mit der Großindustrie von Seiten des Staates Unterstützung finden müsse. Nach einigen kurzen Bemerkungen mehr persönlicher Natur zwischen den Abg. Junghanns und von Feder und nachdem noch Abg. Friderich die Gründe, welche die Handlungsweise der Großh. Regierung als durchaus berechtigt und in materieller Beziehung korrekt erscheinen lassen, an der Hand des Thatbestandes in überzeugender Weise dargelegt hatte, wurde nach einer Verwahrung des Abg. Fieser gegen die Unterstellung, als ob er irgend einen Tadel gegen die Großh. Regierung bezüglich ihres Vorgehens in dieser Sache habe aussprechen wollen und als ob er nicht durchaus mit dem Antrag der Bugetkommission einverstanden sei, und nach einem Schlußwort des Berichterstatters der Antrag der Kommission, die Ausgaben und Einnahmen dieses Titels für unbeanstandet zu erklären, angenommen.

In gleicher Weise wurden auf mündlich erstatteten Bericht der Abgg. Frank und Kern dem Antrag der Budgetkommission entsprechend die Rechnungsnachweisungen des Großh. Ministeriums des Innern für 1882/83 Titel XIV—XVI der Ausgaben und Titel IVa., V u. VI der Einnahmen (Landesstatistik, Gewerbe und Landwirthschaft) sowie der Großh. Oberrechnungskammer für den gleichen Zeitraum für unbeanstandet erklärt, ohne daß dieselben — von einer Anfrage des Abg. v. Feder abgesehen, ob und wo in den Mittheilungen des Großh. Statistischen Bureaus Angaben über die im Lande bestehenden Branntweinbrennereien und den Umfang ihres Geschäftsbetriebes zu finden seien, welche Anfrage namens der Großh. Regierung von Ministerialdirektor Eisenlohr beantwortet wurde — zu einer Diskussion Veranlassung gegeben hätten. Nunmehr ergänzte Abg. Friderich seinen schriftlich erstatteten und gedruckt in den Händen der Mitglieder des Hauses befindlichen Bericht über die Nachweisung der in den Jahren 1883 und 1884 eingegangenen Staatsgelder und deren Verwendung durch Besprechung der einzelnen Administrativkredite und ihrer Veranlassung, ferner durch eine großes Interesse bietende und mit umfangreichem Zahlenmaterial ausgestattete Beleuchtung der Lage des Staatshaushalts an der Hand einer Darstellung des Standes des umlaufenden Betriebsfonds am Schlusse der einzelnen Rechnungsjahre 1880—1884, sowie endlich durch eine ausführliche Erörterung der Verhältnisse der Eisenbahn-Schuldentilgungskasse unter Angabe des Betrages der noch bestehenden Eisenbahnschuld, der für ihre Tilgung und Verzinsung zur Verfügung stehenden Mittel und der darnach berechneten, in den Jahren 1880—1884 erzielten Eisenbahnrente, welche betrug:

im Jahre	1880	3,44 %
" "	1881	3,35 %
" "	1882	3,42 %
" "	1883	3,38 %
" "	1884	3,21 %

Redner schließt diesen Theil seines Vortrags mit den Worten, daß die Verhältnisse unserer Staatsbahn nicht gerade ungünstig zu nennen seien, immerhin jedoch zur Vorsicht mahnten; die Finanzlage des Landes im Ganzen bezeichnet derselbe als eine günstige.

Hierauf wird der Antrag der Budgetkommission, die Hohe Zweite Kammer wolle erklären, daß sie die Nachweisungen über die in den Jahren 1883 und 1884 eingegangenen Staatsgelder und deren Verwendung im ersten Beilageheft, bestehend

1) in der Hauptstaatsrechnung nebst Betriebsfondsdarstellung der Jahre 1883 und 1884,
2) in den Rechnungen der Amortisationskasse, der Eisenbahn-Schuldentilgungskasse, der Domänengrundstockskasse für die Jahre 1883 und 1884 und der Staatsgrundstockskasse für das Jahr 1883,
3) in den Rechnungen der aus der Hauptstaatsrechnung ausgeschiedenen Verwaltungszweige für die Jahre 1883 und 1884

zur Kenntniß genommen und dazu keine dieselben beanstanden Bemerkungen zu machen habe, einstimmig angenommen.

Schließlich erstattet der Abg. Kern mündlichen Bericht über die Denkschrift der Großh. Oberrechnungskammer für den Landtag 1885/86, welche zu keiner Bemerkung Veranlassung gibt, und über die Rechnung der Großh. Oberrechnungskammer für 1883 und 1884, welcher auf Antrag der Budgetkommission Entlastung ertheilt wird, und es erfolgt sodann nach Erledigung der Tagesordnung durch den Präsidenten der Schluß der Sitzung.

* 14. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer, Tagesordnung auf Montag den 18. Januar, Vormittags 11 Uhr. 1) Anzeige neuer Eingaben. 2) Berathung des Berichts der Budgetkommission über die Rechnungsnachweisungen über die aus der Hauptstaatsrechnung ausgeschiedenen Verwaltungszweige 2c., Berichterstatter: Abg. Hoffmann. 3) Berathung der Berichte der Petitionskommission, und zwar a. Bitte der für die Landstraßen angestellten Straßenwarte der Bezirke Lörrach, Schopfheim 2c. um Besserstellung und um Gewährung einer Pension betr., Berichterstatter: Abg. Strübe; b. Bitte der Gemeinde Hesselhurst, den Waldgenuß und die Waldkulturen betr. Berichterstatter: Abg. v. Schmidsfeld. 4) Mittheilung der durch die Abtheilungen vorgenommenen Wahl der Kommissionsmitglieder zur Berathung des Gesetzentwurfs, die Aufbesserung gering dotirter Kirchendiener betr., und Beschlußfassung über etwaige Verstärkung dieser Kommission.

Theater und Kunst.

—k. **Karlsruhe**, 16. Jan. (Tua-Konzert.) Das gestrige Tua-Konzert hatte eine große Schaar von Zuhörern in den Museumssaal gelockt, welche mit augenscheinlichem Eifer und unverkennbarer Befriedigung dem Doppelgenuß sich hingaben, die reizende italienische Geigenfee zu hören und zu sehen. Die musikalische Individualität und das äußere Wesen der jugendlichen Künstlerin sind kaum zu trennen, sie bilden zusammen ein harmonisches Ganze von unwiderstehlicher, bestrickender Art. Der Zuhörer, in diesem Falle ein ebenso beflissener, andächtiger Zuschauer, fühlt sich gleich angezogen und erfreut durch das elegante, seelenvolle Spiel, als durch die schlanke, feine Gestalt, das liebliche, sonnige Heiterkeit strahlende Gesicht. Fräulein Tua gebietet über keinen großen Ton. Musikstücken, in denen ein tiefer Ernst, Energie und Leidenschaft sich offenbaren, wird ihre Interpretationskunst also nur auf halbem Wege entgegenkommen. Dabei entbehrt ihr Vortrag jedoch keineswegs der musikalischen Vertiefung, der inneren Wärme, aber es ist vorwiegend lyrische Süßigkeit, seelenvolle Innigkeit, zartes, jungfräuliches Empfinden, oder auch ein elegantes, neckisches Spiel mit Tönen, was ihrer Individualität entspricht. Daraus ist leicht zu entnehmen, mit welchen Stücken sie den einmüthigsten Beifall auf sich lenkte. Es waren dies vor Allem das Adagio der Beethoven'schen Sonate, die (musikalisch nicht gerade werthvolle) Gavotte von Bohm und Airs russes. Nach dem mit virtuoser Technik und feiner Pointirung vorgetragenen letzten Stücke beruhigte sich das enthusiasmirte Publikum nicht eher, als bis sich die Künstlerin nochmals hatte sehen und hören lassen. An Herrn Rehberg, Professor am Leipziger Konservatorium, besitzt Fräulein Tua einen Konzertgenossen, der selbst eine nicht unbedeutende Anziehungskraft auszuüben vermag. Als Begleiter hätte Herr Rehberg die liebliche Geigerin wohl dann und wann mehr zu Wort, oder vielmehr zu „Ton" kommen lassen sollen, als Solist zeigte er sich technisch, wie musikalisch auf der Höhe ungewöhnlicher Künstlerschaft. Während er den Cantilenen in Chopin's D-moll-Scherzo einen größeren Tonzauber, eine größere Poesie des Ausdrucks hätte verleihen dürfen, vereinigte er in Bach-Tausig's Toccata und Fuge und in Liszt's 12. Rhapsodie technische Bravour mit einem durchgeistigten, fein schattirten Vortrag.

Σ **Mannheim**, 15. Jan. (Vom Hoftheater.) Augier's Verskomödie „Der Schierling" hat trotz der trefflichen Behandlung, die Arthur Fittger, der Uebersetzer, den Alexandrinern angedeihen ließ, einen etwas fremdartigen, kalten Eindruck gemacht. Dagegen wurde Geibel's Proverb: „Echtes Gold wird klar im Feuer", diese Perle edler Diktion, freundlich aufgenommen. Am 13. Jan. feierte die Hofbühne die 100. Aufführung der „Räuber". (Die erste fand am 13. Jan. 1782 statt.) Der Vorstellung ging ein Prolog des Oberregisseurs Max Martersteig voraus, der der Bedeutung des Tages für die Mannheimer Bühne Rechnung trug. Nächste Woche beginnt Herr W. Rüttiger, herzogl. braunschweigischer Hofschauspieler, ein Gastspiel auf Engagement im Fache der gesetzten Helden.

Verschiedenes.

— **Paris**, 15. Jan. (Mord.) Ueber die gestern telegraphisch berichtete Ermordung des Präfekten des Eure-Departements, Barième, meldet die Agentur Havas: Der muthmaßliche Mörder sei ein Mann, der in Mantes den Eisenbahnzug verlassen habe. Derselbe habe die Reisedecke des Präfekten getragen, die später in Mantes auf der Straße gefunden worden sei. Der Präfekt habe in Paris 20,000 Fr. eingenommen, es scheine daher die Annahme gerechtfertigt, daß Beraubung des Präfekten der Beweggrund des Mordes gewesen sei.

Großherzogliches Hoftheater.

In **Karlsruhe:** Sonntag, den 17. Jan. Aenderung der Abonnementsnummer: **11. Ab.-Vorst.** Statt der angekündigten Oper „Tell" auf Allerhöchsten Befehl: **„Der Widerspenstigen Zähmung,"** komische Oper in 4 Akten nach Shakespeare's gleichnamigem Lustspiel frei bearbeitet von J. V. Widmann. Musik von Hermann Götz. Anfang 6½ Uhr.

Dienstag, 19. Jan. 10. Ab.-Vorst.: **„Krieg im Frieden"**, Lustspiel in 5 Akten von G. v. Moser und Franz v. Schönthan. Anfang ½7 Uhr.

Neueste Telegramme.

(Nach Schluß der Redaktion eingetroffen.)

Berlin, 16. Jan. Im Reichstage wurde die Berathung der Anträge betreffs der Ausweisungen fortgesetzt. Rheinbaben spricht gegen die Anträge; bei der Maßregel sprächen nicht nur rein humane Rücksichten mit, das Vordringen der Polonisirung involvire die ernstesten Gefahren. Rickert bestreitet nicht das Recht der Ausweisungen, doch dürfte dasselbe nicht so massenhaft ohne Berücksichtigung des Individuums angewandt werden; besonders bemerkenswerth sei die Rigorosität der Maßregel, da nur in einzelnen Fällen Ausnahmen gestattet würden. Die Germanisirung könne auch mit andern Mitteln erreicht werden. Marquardsen erklärt, aus einzelnen Mißgriffen bei den Ausweisungen folge noch kein allgemeines Verdammungsurtheil. Die Kompetenz des Reichstages anerkenne er vollkommen, seine Partei könne aber für keinen der Anträge stimmen.

Berlin, 16. Jan. Das Abgeordnetenhaus wählte durch Akklamation den Abg. v. Köller zum Präsidenten, den Frhrn. v. Heereman zum ersten und v. Benda zum zweiten Vizepräsidenten wieder. Der Finanzminister brachte den Etat ein und begründete denselben. Der Etat beziffert sich in den Einnahmen auf 1,288,674,442 M.; die ordentlichen Ausgaben betragen 1,265,993,871 M., die außerordentlichen Ausgaben 36,834,571 M., der Fehlbetrag 14,154,000 M.

Er konstatirte, daß angesichts der starken Ueberweisungen vom Reich an die Einzelstaaten der Vorwurf bezüglich eines Fiaskos der Reichssteuerpolitik völlig unbegründet sei; ohne diese Reichssteuerpolitik würde es um die Finanzen der Einzelstaaten kläglich aussehen. Die Deckung des Defizits sei nur durch indirekte Steuern möglich und hierzu das Branntweinmonopol mit den daraus entspringenden 300 Millionen Mehreinnahmen dringend nothwendig. Der Minister schloß, indem er indringlich die Nothwendigkeit einer Reform der Reichssteuern betonte. Die nächste Sitzung findet am Donnerstag statt.

Köln, 16. Jan. Die „Köln. Volkszeitung" veröffentlicht die Encyklika des Papstes an das preußische Episkopat. Der Papst lobt darin die Bischöfe und Gläubigen wegen ihres trotz der Bedrängniß durch die Maigesetze mit der Fürstentreue und der Vaterlandsliebe verbundenen Glaubensmuthes. Weiter betont der Papst die Nothwendigkeit für die Freiheit der Kirchenregierung und der Erziehung der Geistlichkeit und spricht die Hoffnung auf eine baldige Besserung der Verhältnisse aus.

Paris, 16. Jan. Die Erklärung des Ministeriums wurde heute in der Kammer verlesen. Die Erklärung betont die Nothwendigkeit, in der Verwaltung eine gute Ordnung wiederherzustellen, den Klerus in der strikten Ausführung seines Mandats zu erhalten, das Gleichgewicht der Finanzen herbeizuführen und mit überseeischen Unternehmen aufzuhören. Weiter betont die Erklärung, daß keine Anleihe aufgenommen und keine neuen Steuern eingeführt werden sollen. Das Protektorat über Tonkin werde auf einfachen, wenig kostspieligen Grundlagen organisirt werden. Sodann schließt die Erklärung mit der Aufzählung der Vorlagen und der Aufforderung zur Eintracht der Kammern.

Rom, 16. Jan. Der Papst legte in seiner Allokution im gestrigen Konsistorium die Gründe für seine Entscheidung betreffs der Karolineninseln dar. Er betonte, diese Angelegenheit beweise von neuem, welche Bedeutung ein in aller Freiheit seiner Rechte wirkendes Pontifikat für das Heil der Menschheit habe.

Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Harder in Karlsruhe.

Familiennachrichten.

Karlsruhe. Auszug aus dem Standesbuch-Register.

Geburten. 7. Jan. Gustav, V.: Gustav Werner, Bahnhofarbeiter. — 9. Jan. Paula Alice, V.: Oskar Engewicht, Buchhalter. — 12. Jan. Anna Barbara, V.: K. F. Menstell, Lokomotivheizer. — 13. Jan. August, V.: Mart. Miller, Aufseher. — Erwin Julius Rudolf, V.: Jul. Walder, Zimmermeister. — Emma Kath, V.: Ernst Rabold, Wagenwärtersgehilfe. — 14. Jan. Gottlieb, V.: Gottl. Thürer, Maurer. — Ernst Eugen, V.: E. E. Neumann, Kaufmann. — 15. Jan. Martha Magdalena, V.: Herm. Weiß, Kaufmann. — Anna Hedwig Gertrud, V.: Guido Metius, Hofmusikus. — Wilhelm Karl, V.: Ldw. Maysack, Bierbrauer.

Todesfälle. 14. Jan. Gottlieb Dörr, ledig, Schleifer, 21 J. — Mina, 7 M. 6 T., V.: Mäusezahl, Bierbrauer. — 15. Jan. Isabella, Wwe. von Rentner Winsloe, 73 J. — Marie, 1 J. 3 M. 29 T., V.: Kollmar, Dienstmann. — 16. Jan. Friedrich, 12 T., V.: Schulz, Bremser.

Witterungsbeobachtungen der Meteorologischen Station Karlsruhe.

Januar	Barom. mm	Thermom. in C.	Absolute Feucht. in mm	Relative Feuchtigkeit in %	Wind.	Himmel.
13. Nachts 9 Uhr	750.0	+ 2.4	4.1	75	SW_2	bedeckt
14. Mrgs. 7 Uhr	746.0	+ 2.5	3.9	70	SW_1	"
14. Mittgs. 2 Uhr	746.4	+ 2.5	4.8	87	SW_1	"

Wasserstand des Rheins. Maxau, 16. Jan., Mrgs. 3.40 m, gefallen 5 cm.

Frankfurter telegraphische Kursberichte

vom 16. Januar 1886.

Staatspapiere.		Bahnaktien.	
4% Deutsche Reichsanleihe	104.90	Staatsbahn	213.—
4% Preuß. Cons.	104.80	Lombarden	106.20
4% Baden in fl.	102.40	Galizier	178.—
4% " in M.	104.—	Elbthal	131.30
Oester. Goldrente	90.20	Mecklenburger	188.90
" Silberr.	67.70	Mainzer	99.40
4% Ungar. Goldr.	81.15	Lübeck-Büchen Pb.	161.20
1877r Russen	98.70	Gotthard	108.40
1880r "	82.90	**Loose, Wechsel 2c.**	
II. Orientanleihe	61.50	Wechsel a. Amst.	169.05
Italiener	97.20	" " Lond.	20.40
Egypter	65.10	" " Paris	80.96
Spanier	54.20	" " Wien	160.87
5% Serben	80.20	Napoleonsd'or	16.16
Banken.		Privatdiscont	2⅛
Kreditaktien	238.20	Bad. Zuckerfabrik	97.—
Disconto-Commandit	199.40	Alkali Wester.	—
Basler Bankver.	156.—	**Nachbörse.**	
Darmstädter Bank	133.—	Kreditaktien	238.20
5% Serb. Hyp.-Ob.	80.30	Staatsbahn	213.—
		Lombarden	106.20
		Tendenz: still.	

Berlin.		Wien.	
Oest. Kreditakt.	493.—	Kreditaktien	298.—
" Staatsbahn	427.—	Marknoten	62.12
Lombarden	215.—	Tendenz: —.	
Disco.-Commun.	199.50	**Paris.**	
Laurahütte	86.50	4½% Anleihe	110.47
Dortmunder	57.—	Spanier	54
Marienburger	53.20	Egypter	326.—
Böhm. Nordbahn	—.—	Ottomane	487.—
Tendenz: —.		Tendenz: —.	

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Todesanzeige.

U.511. Mosbach. Tiefbetrübt machen wir Freunden und Bekannten die Mittheilung, daß unser lieber Gatte und Vater

Großh. Oberingenieur **Eberbach**

uns heute unerwartet schnell durch den Tod entrissen worden ist.

Beerdigung Sonntag, 17. d. M., Nachmittags 3 Uhr.

Um stille Theilnahme bitten,

Mosbach, 15. Januar 1886,

Die trauernden Hinterbliebenen.

T.641.2. Freiburg i/B. Das 5. Badische Infanterie-Regiment Nr. 113 begeht am 16. Februar 1886 den Tag seines 25jährigen Bestehens, aus welchem Anlaß ein Liebesmahl des Offizier-Corps stattfinden wird.

Diejenigen Herren, welche während jenes Zeitraumes, dem Regiment als aktive Offiziere, Aerzte oder Zahlmeister angehört, sowie Diejenigen, welche als Offiziere oder Aerzte des Beurlaubtenstandes beim Regiment einen Feldzug mitgemacht haben, wollen — sofern sie sich hieran zu betheiligen wünschen — dies dem Regiments-Kommando bis zum 30. d. Mts. schriftlich anzeigen.

Am Vorabend — am 15. Februar — Abends 8 Uhr — findet zur Begrüßung kameradschaftliche Vereinigung in der Offizier-Speise-Anstalt statt.

Freiburg i/Baden, 12. Januar 1886.

Leichte Cigarre!

Aus den allerleichtesten und daher möglichst nikotinfreien Tabaken zusammengesetzt, auch dem schwächsten Raucher convenirend, durchaus feines Aroma, per 100 Stück Mark 6.— frei Haus, Nachnahme. Nichtconvenirendes nehme auf meine Kosten zurück. Referenzen von hochangesehenen und bekannten Personen aus allen Gegenden Deutschlands, welche diese Cinarre fortwährend beziehen, stehen zu Diensten.

Ernst ten Hompel, Wesel,

Depot holländischer Cigarren. [T.572.3.

Badischer Kunstgewerbe-Verein.

Sonntag den 24. Januar, Abends 6 Uhr,

findet in dem

Saale der vier Jahreszeiten

die statutengemäße

Generalversammlung

des Vereins mit folgender Tagesordnung statt:

1. Ergänzungswahl der vier nach den Satzungen aus dem Vorstande ausscheidenden Mitglieder.
2. Jahresbericht des Vorstandes.
3. Rechnungsnachweis des Schatzmeisters.
4. Voranschlag für das neue Vereinsjahr.
5. Anträge an die Generalversammlung.
6. Berathung über Herausgabe eines illustrirten Vereins-Adreßbuches.

Nach Schluß der Generalversammlung, **Abends 8 Uhr**, findet im Saal des **Gasthofs zum Erbprinzen** ein gemeinschaftliches **Abendessen** statt.

Zu zahlreichem Besuche ladet ein

Der Vorstand. T.647.

T.613.2.

Gesucht:

ein mit der Grund- u. Pfandbuchführung vertrauter, im Notariatsfach erfahrener Mann, mit besten Referenzen, in eine gesicherte Stellung. Offert. unt. K. 619 b an die Expedition d. Bl.

LOFODINISCHER DORSCH LEBERTHRAN

von H. SARDEMANN in EMMERICH a/Rh. Dieser unübertr. Medicinal-Leberthran ist in seiner Güte und Wirksamkeit seit Jahren erprobt und im In- u. Auslande ärztlich empfohlen.

Nur echt in Originalflachen à M. 1,25, M. 1.— u. M. 0,65 in **Karlsruhe** bei **Karl Malzacher**, Hoflieferant, Lammstr. 5 C., und **Eugen Helff.** T 98.4.

T.619.2. **Karlsruhe.**

Civil-Uniformen

für Hof- und Staatsbeamte, sowie **Lieferung der ganzen Ausstattung** werden auf das feinste und sorgfältigste ausgeführt bei

F. G. Brückner Sohn,

Hofkleidermacher.

Preisverzeichniß zu Diensten.

U.468.3. Ein tüchtiger Kaufmann, verh., zuverlässiger **Buchhalter und flotter Korrespondent**, sucht

Vertrauensstellung,

spätere Kapitaleinlage gegen Verzinsung, **oder eventuelle Betheiligung** wäre nicht ausgeschlossen.

Gefl. Offerten erbet. sub W. M. 468 an die Expedition dieses Blattes.

Aufenthalt nur noch kurze Zeit.

Kleeberg's weltberühmte Menagerie.

Ausstellungshalle Schießwiese. Geöffnet v. 9 Uhr Morgens bis 9 Uhr Abends, täglich 2 Vorstellungen und Fütterung. U.370.4.

Die 1te 4 Uhr Nachmitt., die 2te 7 Uhr Abends. — I. Pl. 1 ℳ, II. Pl. 60 Pf., III. Pl. 30 Pf. Um gütigen Besuch bittet **F. Kleeberg.**

Preußische Central-Bodencredit-Actiengesellschaft.

Convertirung

sämmtlicher noch im Verkehr befindlichen 5%igen zum Nennwerth rückzahlbaren Pfandbriefe,

sowie eines Betrages von:

550,950 Mark der 5%igen mit 10% Zuschlag rückzahlbaren Pfandbriefe, Emission vom Jahre 1871,

und eines Betrages von:

3,553,500 Mark der 4½%igen mit 10% Zuschlag rückzahlbaren Pfandbriefe, Emission vom Juni 1872 (Serie II)

in

4%ige Pfandbriefe.

Die Convertirung erfolgt unter den bereits bekannt gemachten Bedingungen

bis einschließlich den 20. Januar 1886

in Berlin bei der unterzeichneten Direction,

bei der Direction der Disconto-Gesellschaft,

bei Herrn S. Bleichröder,

in Frankfurt a. M. bei den Herren M. A. von Rothschild & Söhne,

in Köln bei den Herren Sal. Oppenheim jun. & Co.

Die Inhaber erhalten außer der Vergütung der Mehrzinsen bis zum 1. Juli cr. bezüglich außer dem Zuschlag von 10% den entsprechenden Betrag in 4%igen Stücken.

Die zur Convertirung **nicht** eingereichten Pfandbriefe werden am 1. Juli 1886 pari zurückgezahlt.

Berlin, den 15. Januar 1886.

Preußische Central-Bodencredit-Actiengesellschaft.

Die Direction.

Dr. Jacobi. Bossart. Klingemann. T.661.1.

C. H. BURK, STUTTGART. Prämiirt: Brüssel 1876, Stuttgart 1881, Porto Alegre 1881, Wien 1883.

Burk's Arznei-Weine.

Von vielen Aerzten empfohlen. In Flaschen à ca. 100, 260 und 700 Gramm. Die grossen Flaschen eignen sich wegen ihrer Billigkeit zum Kurgebrauch.

Burk's Pepsin-Wein. *(Pepsin-Essenz.)* **Verdauungs-Flüssigkeit,** Dienlich bei **schwachem** oder **verdorbenem Magen, Sodbrennen, Verschleimung,** bei den Folgen übermässigen Genusses von Spirituosen etc. In Flaschen à M. 1.— M. 2 — und M 4.50

Burk's China-Malvasier. ohne Eisen, süss, selbst von Kindern gern genommen. In Flaschen à M. 1.—, M. 2.— und M. 4.—

Burk's Eisen-China-Wein. wohlschmeckend und leicht verdaulich. In Flaschen à M. 1.— M. 2.— und M. 4.50.

Mit edlen Weinen bereitete Appetit erregende, allgemein kräftigende, nervenstärkende und Blutbildende diätetische Präparate von hohem, stets gleichem und garantirtem Gehalt an den wirksamsten Bestandtheilen der Chinarinde (Chinin etc.) mit und ohne Zugabe von Eisen.

Schutz-Marke.

Man verlange ausdrücklich Burk's Pepsin-Wein, Burk's China-Wein u. s. w. und beachte die Schutzmarke, die jeder Flasche beigelegte Beschreibung sowie meinen auf jeder Etiquette befindlichen Namenszug.

C. H. Burk

Detail-Verkauf nur in Apotheken.

Zu haben in den Apotheken. T.640.1.

Festhalle Karlsruhe. T.649.1.

Samstag den 23. Januar 1886, Abends 7½ Uhr:

Grosser Maskenball.

16 Gabenpreise (6 Herren- und 10 Damenpreise) den schönsten und originellsten Herren- und Damenkostümen, im Werth von 450 Mark,

3 Gruppenpreise den originellsten und schönsten Gruppen, jede aus wenigstens 4 Personen bestehend, im Baarbetrag von 200 Mark, 100 Mark und 50 Mark.

Ball- u. Concert-Musik

von den vollständigen Kapellen des

1. Badischen Leib-Grenadier-Regiments Nr. 109 unter Leitung des Kapellmeisters Herrn Böttge und des

3. Badischen Dragoner-Regiments Nr. 22 unter Leitung des Stabstrompeters Herrn Möbius.

Eintrittskarten für die Person zu **2 M. 50 Pf.** sind von Mittwoch bis Samstag Abends 6 Uhr zu haben bei:

Hrn. Lederhändler **Knauß**, Kaiserstr. 61.
„ Kfm. **Christ. Grimm**, „ 36,
„ „ **Bregenzer**, „ 76,
„ „ **Vohl**, „ 138,
„ „ **Eugen Dahlemann**, Ecke der Kaiser- u. Herrenstraße,
Frau Friseur **Bieger** Witwe, Friedrichsplatz 11,
Hrn. Kfm. **Fr. Maisch**, Waldstraße 57,
„ „ **Schwaab**, Amalienstr. 19,
„ „ **Bronner**, Wilhelmstraße 1.

Eine Karte, welche am Ballabend an der Kasse in der Festhalle gelöst wird, kostet **3 M.**

Nummerirte Balkonlogenplätze à 3 M. werden in beschränkter Zahl bei Herrn Kaufmann **Bregenzer**, Kaiserstraße 76, bis zum Samstag, 23. Januar, Mittags 4 Uhr, ausgegeben.

Die Karten berechtigen zum Eintritt zu allen Räumlichkeiten des Festes, **in den Ballsaal jedoch nur in Maskenkostüm oder Ballanzug.**

Geschäftsübergabe und Empfehlung.

T.493.1. Meinen werthen Kunden und tit. Publikum die ergebene Mittheilung, daß ich das von mir seit Jahren geführte

Uhrmacher-Geschäft

an Herrn **Wilh. Devin** übergeben habe und bitte ich, für das mir in so reichem Maße geschenkte Vertrauen bestens dankend, dasselbe auch auf meinen Nachfolger übertragen zu wollen.

Die Garantie für gelieferte Arbeiten und verkaufte Waaren wird von meinem Nachfolger in ausgedehntester Weise übernommen.

Karlsruhe, im Januar 1886.

Hochachtungsvollst

W. Krausbeck,

Kaiserstraße 118.

Auf Obiges höflichst Bezug nehmend, werde ich das Geschäft in gleicher unveränderter Weise auf eigene Rechnung und unter der Firma:

Wilhelm Devin,

Krausbeck's Nachfolger,

fortführen, und bitte ich um gefl. Erhaltung eines gütigen Wohlwollens.

Hochachtungsvollst

Wilh. Devin,

Kaiserstraße 118.

Geschäftsübergabe u. Empfehlung.

T.656. **Baden.** Meinen seitherigen verehrten Clienten bringe ich hiermit ergebenst zur Anzeige, daß ich das bisher von mir betriebene Geschäft eines

Marchand-Tailleur

von heute an dem Herrn **Franz Hertweck** dahier in der Weise übertragen habe, daß er dasselbe auf seine eigene alleinige Rechnung und unter der Firma:

Franz Hertweck, Anton Brenner's Nachf.,

fortführen wird.

Ich benütze diese Gelegenheit, meiner früheren werthen Kundschaft den aufrichtigsten Dank für das mir geschenkte Vertrauen auszudrücken, und verbinde damit die höfliche Bitte, dasselbe gefälligst auf meinen Nachfolger übertragen zu wollen.

Hochachtungsvoll zeichnet

Baden, den 1. Januar 1886. **A. Brenner.**

Bezugnehmend auf vorstehende Mittheilung erlaube ich mir, mich dem von meinem Herrn Vorgänger oben ausgesprochenen Wunsch anzuschließen, und werde ich bemüht sein, das Vertrauen, welches mir geschenkt werden wird, auf's beste zu rechtfertigen.

Baden, den 1. Januar 1886.

Hochachtungsvoll

Franz Hertweck,

Anton Brenner's Nachf.

U.435.2. **Karlsruhe.**

Marder-, Iltis-, Fuchs- und Fischotter-Felle

kauft und zahlt besonders für beste

Winterfelle

die höchsten Preise

C. A. Zeumer, Kürschner,

127 Kaiserstraße 127.

Für Oberkellner & Restaurateure.

Ein sehr großes Anwesen, 2 Minuten von der Bahn entfernt, in einer Provinzial- und Fabrikstadt Rheinhessens, in welchem jahrelang ein sehr bedeutendes Weinrestaurant mit bestem Erfolg betrieben wurde, ist unter günstigen Bedingungen Familienverhältnisse wegen zu verkaufen. U.469.2.

Preis 50,000 Mark.

Näheres in der Expedition d. Bl.

Holzversteigerung

aus den Gräfl. Douglas'schen Waldungen zu Sickingen, Bahnstation Flehingen-Sickingen, Distrikt „Großer Wald", mit Vorgrist bis 1. Oktober 1886, beginnend mit dem Stammholz, **Dienstag den 26. l. M., Vormittags 9 Uhr:** 30 Eichen II. und III. Klasse (0,30—1,37 Festm.), 33 Buchen (0,80—2,46 Festm.), 40 eichene Wagnerstangen, 153 Ster buchen und eichen Scheitholz, 58 Ster Prügelholz, 9000 Stück Wellen. — Zusammenkunft im Hiebsschlag. Waldhüter Feldmann in Sickingen zeigt das Holz vor. T.651.

Verm. Bekanntmachungen.

U.513. Nr. 465. Oberkirch. Für unseren wegen Erkrankung auf 3 Monate beurlaubten II. Aktuar bedürfen wir vorläufig für die Dauer des Urlaubes eines Stellvertreters, der sofort einzutreten hätte.

Bewerber aus dem Stande der Aktuare oder Inzipienten wollen sich unter Vorlage der Zeugnisse melden.

Oberkirch, den 15. Januar 1886.

Großh. bad. Bezirksamt.

Gaddum.

☐ **L. z. Tr.** T.645.2.

18. I. Ab. 7½ U.

I. Gr. Instr.

(Mit einer Beilage.)

Druck und Verlag der Braun'schen Hofbuchdruckerei.